



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

"... auf der Suche nach festem Boden"

Blömeke, Sigrid

Münster [u.a.], 1999

III.2 Die Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Paderborn

urn:nbn:de:hbz:466:1-39856

Im Mittelpunkt der lokalen Bildungspolitik stand 1945 die Diskussion um konfessionelle oder Gemeinschaftsschulen. Die britische Militärregierung hatte mit der Erziehungsanweisung an die deutschen Behörden EIGA Nr. 1 die Schulverwaltungen aufgefordert, eine Entscheidung der Eltern über den Charakter der Volksschulen einzuholen. „Wir stimmen für die Bekenntnisschule“, lauteten die wiederkehrenden Schlagzeilen in der örtlichen „Westfalen-Zeitung“, die am 19. April 1946 das Ergebnis bekanntgab: 2.940 Fragebögen waren zurückgegeben worden, die eine konfessionelle Bindung der Volksschulen forderten. Nur 249 Eltern, das waren weniger als acht Prozent, sprachen sich nicht dafür aus. Gegen die Stimmen von SPD und KPD beschloss CDU und Zentrum dann im Juli 1946 in der Stadtvertretersitzung auf Empfehlung des Schulausschusses die Wiedereinrichtung konfessioneller Schulen (vgl. StadA PB, A 5514). Die Gegner dieses Beschlusses hatten vor allem auf die organisatorischen Schwierigkeiten – beispielsweise bei der Schaffung winterfester Schulräume – hingewiesen. Darauf gingen CDU und Zentrum jedoch nicht ein. Stadtvertreter und Schulausschußmitglied Reker warf den Befürwortern von Gemeinschaftsschulen im Schulausschuß vor, daß diese eine Einrichtung der Nazis gewesen seien (vgl. StadA PB, A 5520). Für die evangelischen SchülerInnen bedeutete der Beschluß der Stadtvertreter, daß sie von nun an weite Schulwege zurückzulegen hatten, da für sie nur drei Räume zur Verfügung gestellt wurden.

III.2 Die Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Paderborn

III.2.1 Auseinandersetzungen um Paderborn als Standort

Obwohl der endgültige Beschluß des Oberpräsidiums der Provinz Westfalen und der Vertreter der Regierungspräsidien, eine der fünf geplanten Pädagogischen Akademien in Paderborn zu errichten, erst relativ spät – Ende März 1946 – fiel, kam die Stadt doch bereits früh als Standort ins Gespräch. So enthielten einige der Konzepte zur westfälischen VolksschullehrerInnenausbildung, die im Juli 1945 aufgrund einer Aufforderung der britischen Militärregierung eingereicht worden waren, den Hinweis auf Paderborn bzw. das „Paderborner Land“ (StA MS, OP 8371) als geeigneten Standort einer katholischen Akademie.

Dr. Karl Beyerle, der Ende 1945 zum Leiter des Sonderlehrgangs in Paderborn berufen wurde, spricht in seiner Darstellung der historischen Entwicklung bis zur Gründung der Akademie davon, daß „bereits 1945 der Plan auf(tauchte; S.B.), eine katholische Pädagogische Akademie in den südostwestfälischen Raum zu verlegen“ (Beyerle 1962, S. 113). Einen genaueren Standort nennt

Beyerle noch nicht, weist aber darauf hin, daß er noch in demselben Jahr – also bevor der Beschluß auf Provinzebene feststand – von dem Mindener Regierungspräsidenten Zenz den Auftrag erhalten habe, die „Interessen einer in Paderborn zu begründenden Pädagogischen Akademie zu wahren“ (zit. nach ebd.). Zenz verfolgte offenbar seine eigenen Pläne zur VolksschullehrerInnenausbildung im Regierungsbezirk Minden, ohne diese im einzelnen mit den anderen Behörden abzusprechen: Einem Schulausschußprotokoll der Stadt Paderborn ist zu entnehmen, daß am 18. Februar 1946 eine Mitteilung der Regierung einging, wonach „in Paderborn die Errichtung einer Akademie für kath. Lehrer und Lehrerinnen geplant ist“ (StadA PB, A 5520). Dieses Angebot stieß bei den Stadtvertretern noch auf Zurückhaltung. Der Grund dafür war die starke Zerstörung der Stadt, so daß lediglich vorsichtig formuliert wurde:

„Der Ausschuß nahm von dieser Eingabe Kenntnis und war einstimmig der Ansicht, daß trotz der Schwierigkeiten bezgl. Gebäudebeschaffung diesem Angebot näher getreten werden muß.“ (ebd.)

Im Gegensatz hierzu stand der rasche Einsatz der katholischen Kirche für eine Akademie in Paderborn. So schrieb Generalvikar Rintelen, dem der Regierungspräsident sein Vorhaben ebenfalls mitgeteilt hatte, am 21. Februar 1946 direkt an das Oberpräsidium, er freue sich, daß „der Plan einer Pädagogischen Akademie in Paderborn feste Gestalt annimmt“ (StA MS, OP 8371; s. auch Anh. IV.1).

Doch auch Rintelen hatte Sorge, ob in der zerstörten Stadt genügend geeignete Gebäude beschafft werden könnten. Nicht zu unrecht, wie die Bewerbungen anderer ostwestfälischer Städte, die unter Bombenangriffen weniger gelitten hatten, zeigen (vgl. Beyerle 1962, S. 114). Stärkster Konkurrent Paderborns war dabei die Stadt Soest, die bis in den Mai hinein wiederholt diesbezügliche Eingaben beim Oberpräsidium und dem Arnsberger Regierungspräsidenten machte. Ihr Stadtdirektor und ihr Landrat stützten sich im wesentlichen auf zwei Argumente:

- ◆ Die Stadt habe „ein geschichtliches Anrecht“ (StA MS, OP 8371) auf die Errichtung einer Pädagogischen Akademie.

„Von 1805 bis 1926 hat in Soest ein evangelisches Lehrerseminar bestanden.“ (ebd.)

Die Wahl der Stadt Soest als Akademie-Standort wurde als „Wiedergutmachung“ (ebd.; s. auch Anh. IV.2) für die Schließung in der Weimarer Republik angesehen.

- ◆ Auch habe Soest „eine bodenständige, formreiche Kultur“ (ebd.), die den Krieg – ebenso wie das Stadtgebiet und die Volksschulen – unbeschadet überstanden habe.

Beide Punkte wurden jedoch von Müller, dem Leiter der Arnsberger Schulabteilung, und dem Oberpräsidium mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß solche

Gründe „von vielen anderen Städten erhoben werden“ könnten – „wenn auch unter anderen Vorzeichen“ (ebd.).

In der Tat wurden auch in Paderborn ähnliche Argumente angeführt. Auf historische und sozialgeographische Vorzüge der Region verwiesen die Befürworter einer Akademie in Paderborn immer wieder (vgl. UniA PB, A.V.1-Maasjost), zudem hatte Paderborn bis 1925 ebenfalls ein Lehrerseminar (vgl. Nach 25 Jahren 1950) und bis 1926 ein Lehrerinnenseminar (vgl. Stroop 1992) vorzuweisen. Letzteres konnte bis zu seiner Schließung 1926 immerhin auf eine 94jährige Geschichte zurückblicken, die für Preußen auch insofern von Bedeutung war, als das Seminar neben dem in Münster nach seiner Gründung 1832 zwanzig Jahre lang in Preußen die einzige Ausbildungsstätte für Lehrerinnen war (vgl. ebd., S. 183).

Anfang März 1946 waren noch immer beide Städte für eine Akademie im Gespräch, wie aus einem Protokoll einer Besprechung der Vertreter der Regierungspräsidien mit dem Oberpräsidium hervorgeht (vgl. StA MS, OP 8293). Die Mindener Schulabteilung ging zu diesem Zeitpunkt allerdings längst von Paderborn aus und verschickte bereits Merkblätter, in denen die Eröffnung einer „Pädagogischen Hochschule zur Ausbildung von [...] katholischen Volksschullehrern und -lehrerinnen in Paderborn“ (StA MS, OP 8371; s. auch Anh. IV.5) bereits für Ostern 1946 angekündigt wurde. Bewerbungen mußten bis 20. März in Minden sein. Die örtliche Presse bekam ebenfalls Mitteilung. In der „Westfalen-Zeitung“ wurde die Einrichtung am 15. März 1946 als Faktum berichtet:

„Für die Paderstadt lebt damit die alte Tradition des Lehrerseminars wieder auf.“

Am selben Tag berichtete darüber auch die „Neue Westfälische Zeitung“.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums, die von diesen Artikeln erfuhr, ließ sie allerdings umgehend dementieren:

„Die [...] Nachricht über eine demnächstige Eröffnung einer Pädagogischen Hochschule zur Ausbildung katholischer Volksschullehrer in Paderborn entspricht nicht den Tatsachen.“ (StA MS, OP 8357)

Eine katholische Akademie sei lediglich für Münster geplant.

Dieses Dementi stieß im Raum Paderborn auf heftigen Protest. So schrieb der Geograph Dr. Ludwig Maasjost, der spätere Leiter des Sonderlehrgangs in Warburg und Dozent an der Pädagogischen Akademie Paderborn, am 31. März 1946 an die Mindener Schulabteilung und wies auf die Vorzüge Paderborns gegenüber Münster hin:

„Es gibt keine andere Stadt in Westfalen, die für die [...] Exkursionsarbeit ein so reiches und günstiges Beobachtungsfeld bietet. Die Umgebung von Münster ist trotz anderer Eigenheiten nicht so mannigfaltig.“ (UniA PB, A.V.1.-Maasjost)

In bezug auf die „Erziehung zur Heimat- und Naturverbundenheit“ – so Maasjost – sei die Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Paderborn „diesen

Kampf wert, selbst wenn vorübergehend in Barackenräumen gearbeitet werden müßte“ (ebd.).

Im März 1946 schaltete sich auch der Paderborner Erzbischof Lorenz Jäger in die Bemühungen um die Ansiedlung einer Akademie in Paderborn ein. Beyerle, Brockhaus, Pollmann und die „Westfalen-Zeitung“ sprechen in ihren Darstellungen davon, daß das Angebot Jägers, die Pädagogische Akademie könne einen Teil des Neuen Waisenhauses nutzen, „den endgültigen Ausschlag“ (Beyerle 1962, S. 114) für Paderborn als Standort gab (vgl. Brockhaus 1989, S. 25, Pollmann 1964, S. 66, und Eine Lehrer-Akademie in Paderborn 1946). In den Akten des Oberpräsidiums ist davon jedoch nicht die Rede, dort ist lediglich der endgültige Beschluß vom 26. März 1946 protokolliert (vgl. StA MS, OP 8293).

III.2.2 Inhaltliche und personelle Ausrichtung und materielle Bedingungen

Nach der Festlegung des Standortes stand die erforderliche personelle, materielle und inhaltliche Ausgestaltung der Paderborner Akademie im Vordergrund der Diskussionen und Entscheidungen. Besonders die katholische Kirche schaltete sich immer wieder mit Eingaben ein, die ihre Interessen zur Geltung bringen sollten. Diese stießen im Oberpräsidium auf positive Resonanz: Oberpräsident Amelunxen sprach vom „Zusammenwirken von Kirche und Staat an der Neugestaltung der Lehrerbildung“ (StA MS, OP 8372). Vom Paderborner Erzbischof wurde als Kontaktperson, die auch beratend an den Besprechungen von Oberpräsidium und Regierungspräsidien teilnehmen sollte, Theoderich Kampmann benannt, Professor an der Theologischen Fakultät Paderborn. Der Bischof von Münster benannte hierfür Professor Heinrich Weber. Hauptanliegen der katholischen Kirche war die konfessionelle Bindung der Akademien, für die sie sich mit großer Energie einsetzte. Dompropst Paul Simon schrieb am 20. Juli 1946 an das Oberpräsidium, daß „der konfessionelle Charakter der (Paderborner; S.B.) Akademie immer von neuem angegriffen“ werde:

„Neuerdings heißt es nun wieder, daß die Akademie nicht nach Paderborn komme, daß man sie vielmehr nach Höxter verlege und sie zu einer simultanen Akademie machen werde.“ (ebd.; s. auch Anh. IV.3)

Simon befürchtete vor allem den Einfluß des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Adolf Grimme:

„Wir würden diese Wandlung der Dinge nicht nur sehr bedauern, sondern müßten auch lebhaft dagegen protestieren, daß Herr Grimme seine Ideale in der ganzen britischen Zone verwirklichen darf.“ (ebd.)

Amelunxen konnte die „Befürchtungen“ des Dompropstes jedoch zerstreuen, die „Gerüchte“ würden „jeder Grundlage entbehren“ (ebd.).

Die erste personelle Entscheidung in bezug auf die Pädagogische Akademie Paderborn fiel am 28. Juni 1946. Auf dieser Besprechung von Vertretern der Kirchen, der Regierungspräsidien und des Oberpräsidiums wurde festgelegt, daß pro Akademie etwa 15 bis 18 DozentInnen angestellt werden sollten. (Wenige Tage nach der Besprechung kürzte der Mindener Regierungspräsident den Stellenplan der Paderborner Akademie auf zwölf DozentInnen.) Kirchen und Behörden einigten sich auf die Leiter der fünf Pädagogischen Akademien, für Paderborn schlug der Mindener Regierungsdirektor Rüping Professor Dr. Bernhard Rosenmöller vor:

„Die Vorschläge fanden Zustimmung.“ (StA MS, OP 8293)

Des weiteren kam Frau Dr. Emmy Aufmkolk als Dozentin ins Gespräch, noch ohne Zuweisung an eine bestimmte Akademie, aber sie nahm zeitgleich mit Rosenmöller, der sie offensichtlich aus der Zeit früherer Lehrtätigkeit her kannte, im August 1946 die Vorarbeiten zur Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Paderborn auf. Ihr offizieller Dienstbeginn war jedoch erst der 1. Oktober 1946, während Rosenmöller vom 1. August an Anspruch auf Gehalt hatte. Die britische Militärregierung war auch damit einverstanden, daß Rosenmöller „bereits vor seiner endgültigen Genehmigung als Rektor der Pädagogischen Akademie Paderborn die Geschäfte des Akademieleiters übernimmt“ (ebd.; s. auch Anh. IV.4).

Die nächsten Bewerbungen um DozentInnenstellen wurden von den InteressentInnen eigenständig an die Mindener Schulabteilung gerichtet, nachdem sie von der Errichtung einer Akademie in Paderborn gehört hatten. Dabei handelte es sich unter anderem um Maasjost, Beyerle und Stähler, die drei Leiter der westfälischen Sonderlehrgänge. Maasjost schrieb bereits am 20. März 1946 nach Minden und bewarb sich um die Lehrstelle für Geographie:

„Die unaufgeforderte Bewerbung (entspringt; S.B.) einem Idealismus [...], der aus einer praktischen Erfahrung und Arbeitsleistung erwachsen ist, für die Paderborn als Ort und die Pädagogische Akademie als Wirkrahmen eine besondere Gunst bilden. Auch die Lehrstelle für Biologie würde ich mit gleicher Liebe in Angriff nehmen, jedoch nicht mit den gleich günstigen Voraussetzungen.“ (UniA PB, A.V.1.-Maasjost)

Obwohl alle drei Sonderlehrgangs-Leiter Mitglieder bzw. Anwärter der NSDAP gewesen waren, wurden sie vom Regierungspräsidenten offensichtlich ohne Bedenken akzeptiert, wie aus einem späteren Schreiben Rosenmöllers hervorgeht (vgl. HStAD, NW 26-167). Beyerle (für Geschichte) und Stähler (für Pädagogik) wurden an der Paderborner Akademie zum 1. Dezember 1946 angestellt, Maasjost (für Geographie und Biologie) zum 1. Januar 1947.

Die vierte erfolgreiche Bewerbung kam von Josef Pollmann. Für die Stelle des Religionsdozenten hatte die katholische Kirche das Vorschlagsrecht. Erzbischof Lorenz Jäger wandte sich an Kampmann, der seinen früheren Studenten

Pollmann empfahl (vgl. Interview Pollmann). Pollmann – zu dieser Zeit Vikar und Religionslehrer in Wattenscheid – war einverstanden und bewarb sich am 19. Oktober 1946 in Minden (vgl. UniA PB, A.V.1-Pollmann). Dort akzeptierte man seine Bewerbung, so daß er zum 1. Dezember 1946 angestellt wurde.

So standen im Herbst 1946 bereits sechs zukünftige DozentInnen der Pädagogischen Akademie fest: Rosenmöller für Philosophie, Aufmkolk für Soziologie und Sozialpädagogik, Stähler für Pädagogik, Beyerle für Geschichte, Maasjost für Geographie und Biologie sowie Pollmann für katholische Religion. Sie waren im wesentlichen von der Mindener Regierung ausgewählt worden. Es handelte sich um vorläufige Ernennungen, die endgültige Anstellung sollte nach erfolgter Entnazifizierung stattfinden.

Weitere Berufungen standen stärker unter dem Einfluß von Rosenmöller, der im November 1946 heftige Auseinandersetzungen mit dem Kultusministerium in Düsseldorf und dem Mindener Regierungspräsidenten über die Stellenbesetzungen führte. Die von diesem bereits ernannten Dozenten akzeptierte er: Beyerle charakterisierte er als „sehr lebendig, Jugendführer“; Stähler als „ein[en] ausgez. Pädagoge[n]“; Maasjost „als Heimatkundler anerkannt“; Pollmann als „vorgeschl. vom Erzbischof, ich glaube sehr gut“ (HStAD, NW 26-167; s. auch Anh. IV.11). Darüber hinaus machte Rosenmöller aber eigene Vorschläge und wehrte sich gegen Ablehnungen. Die Konflikte konzentrierten sich auf die Besetzung der Stelle für Unterrichtsmethodik, die endgültige Berufung von Frau Aufmkolk und die Ablehnung von Dozenten, weil diese NSDAP-Mitglieder gewesen waren.

Die Methodikstelle hatte für Rosenmöller im Rahmen der VolksschullehrerInnenausbildung zentrale Bedeutung. Sie sollte mit jemandem besetzt werden, der aus der Volksschulpraxis kam. Er schlug den Volksschullehrer Wilhelm Ebel vor, der zu dieser Zeit Regierungsrat in Arnsberg war:

„Kommt aus dem Volksschullehrerstand, ausgezeichnete Methodiker [...]. Ohne ihn können wir nicht beginnen.“ (ebd.)

Mehrfach richtete Rosenmöller eine diesbezügliche Bitte an Antz. Dieser sprach sich jedoch gegen eine Ernennung des Regierungsrates aus:

„Herr Ebel ist eine umstrittene Persönlichkeit, und nach dem, was mir sehr vertrauenswürdige Kenner der Verhältnisse berichtet haben, scheint mir doch Vorsicht am Platz zu sein.“ (UniA PB, A.V.1./3.-1)

Antz wollte stattdessen Oswald Opahle berufen, der ebenfalls Volksschullehrer gewesen war und als Mitherausgeber der wiedergegründeten „Vierteljahrschrift für wissenschaftliche Pädagogik“ zeichnete.

Opahle und Ebel hatten sehr unterschiedliche Vorstellungen, was den Aufbau des Volksschulunterrichts anbetraf. Ebel war überzeugter Herbartianer und setzte auf die „bewährte Handwerkslehre“ (Neumann 1985, S. 48), als die der Erziehungswissenschaftler Dieter Neumann Herbarts schon im Kaiserreich den

SeminaristInnen vermittelte „Stufenlehre“ bezeichnet. In seiner Untersuchung pädagogischer Theorien zur LehrerInnenausbildung kommt Neumann zu dem Ergebnis, daß Herbarts „praktizistisches Muster“ als „trojanisches Pferd“ im Seminarwesen gewirkt und den Eindruck erweckt habe, „man hätte es bereits mit Wissenschaft zu tun“ (ebd.). Ebel formulierte noch 1950 in seiner „Lehr- und Erziehungskunst“ demgegenüber:

„Einiges Nachdenken wird uns überzeugen, daß Herbart recht hat und daß es gar nicht anders sein kann.“ (Ebel 1950, S. 305)

Bissig antwortete Opahle auf diese Einschätzung in einer Rezension des Werkes:

„Der Verfasser sollte wissen, daß dieses Nachdenken stattgefunden hat und bei den Gestaltpsychologen und namhaften Theoretikern der Pädagogik in überzeugender Weise zu den entgegengesetzten Ergebnissen geführt hat.“ (Opahle 1951, S. 240)

Opahle wies darüber hinaus darauf hin, daß es – entgegen der deterministischen Formulierung Ebels – „eine Gebrauchsanweisung“ für die Gestaltung des Volksschulunterrichts „nicht mehr“ geben könne (ebd.), stattdessen sei eine gründliche Ausbildung notwendig.

Rosenmöller wollte Opahle im äußersten Fall als zweiten Methodiker akzeptieren, nicht aber ohne Ebel als Stelleninhaber. Sein scharfes Ablehnungsschreiben an Antz vom 11. Dezember 1946, als klar war, daß Ebel vom Kultusministerium nicht berufen würde, macht deutlich, was Rosenmöller zu seiner Ablehnung bewog. Der Leiter der Pädagogischen Akademie vertrat eine traditionell-katholische Philosophie in der Linie der Scholastiker (näheres s.u. Kap. III.3.2). Er sah Opahle – der zwar „treuer Katholik“ (HStAD, NW 26-167) war, wie Rosenmöller formulierte – nicht in dieser Tradition, da Opahle sich an den Neukantianismus in der Pädagogik – eine aus der „Moderne“ stammende Strömung, die Anhänger im Reformkatholizismus hatte – anlehnte und nicht dem Herbartianismus anhing:

„Ich habe nicht vor, einen Kantianismus in die Pädagogik der Akademie hineinzubringen oder in ihr in Führung zu bringen. [...] Die neuscholastische Linie muß sich einheitlich durchsetzen.“ (ebd.)

Darüber hinaus kritisierte Rosenmöller, Opahle sei „ein sehr scharfer Denker“, er habe „nichts von der Lebendigkeit, die für unsere Studenten notwendig ist“, und kam zu der Konsequenz:

„Die Lehrer von Paderborn werden ihn nicht verstehen.“ (ebd.)

Auffallend deutlich hob Rosenmöller in seinem Ablehnungsschreiben negativ hervor, daß Opahle „bei dem protestantisch getauften Juden Hönigswald“ (ebd.) in Breslau studiert habe. Richard Hönigswald – von Kauder als „exponierte(r) Vertreter des Neukantianismus“ (Kauder 1998, S. 80) bezeichnet – war bis 1930

Professor in Breslau gewesen und hatte dann einen Ruf nach München erhalten, wo er 1933 als Lehrstuhlinhaber für Philosophie zwangsemeritiert wurde. Die Nationalsozialisten verschleppten Hönigswald in das Konzentrationslager Dachau, nach seiner Entlassung emigrierte er zunächst in die Schweiz, dann in die USA (vgl. Pechmann 1988, S. 36). Das Verhältnis zwischen Katholizismus und Protestantismus sowie zwischen Christentum und Judentum spielte offensichtlich ebenfalls eine Rolle bei der Ablehnung Opahles.

Rosenmöllers wiederholter Protest gegen den „Kantianer“ hatte zur Folge, daß dieser nicht an die Pädagogische Akademie Paderborn berufen wurde, sondern ab 1947 als Dozent für systematische Pädagogik und Geschichte der Pädagogik in Oberhausen lehrte. Die Methodikstelle in Paderborn blieb zunächst unbesetzt, im April 1947 berief das Kultusministerium den Schulrat des Kreises Meschede, Dr. Theodor Schwerdt. Auch diesen akzeptierte Rosenmöller nur notgedrungen (vgl. UniA PB, A.V. 1./3.-1).

Der zweite Konfliktpunkt zwischen Rosenmöller und den zuständigen Behörden war die endgültige Anstellung von Emmy Aufmkolk. Diese bereitete zwar bereits seit August die Eröffnung der Pädagogischen Akademie Paderborn mit vor, doch die Mindener Bezirksregierung wollte auf die Soziologiestelle Dr. Theophil Thun berufen, einen Nationalökonom, der laut Rosenmöller vom Kultusministerium ebenfalls „sehr protegiert“ (ebd.) wurde. Der Leiter der Akademie versuchte anfänglich, dem Konflikt aus dem Weg gehen, indem er Aufmkolk für Soziologie und Sozialpädagogik vorschlug, Thun dagegen für Psychologie, doch der Leiter der Schulabteilung in Minden wollte nur Thun oder Aufmkolk. Daraufhin setzte sich Rosenmöller für Aufmkolk ein. Er schrieb an Antz, daß diese „in den Fragen der christlichen Gesellschaftslehre ganz ausgezeichnet bewandert“ (ebd.) sei. Frau Aufmkolk lehrte seit 1942 an der Wohlfahrtsschule der Provinz Westfalen Wirtschaftslehre und Sozialpolitik. Sowohl Rosenmöller, der den Eindruck hatte, „daß die Berufung [...] sicher sei“, als auch der Erzbischof von Paderborn baten sie, nach Paderborn zu kommen. Daraufhin kündigte sie und arbeitete seitdem mit dem Leiter der Akademie zusammen. Rosenmöller:

„Sie hat mir nun mehr als 2 Monate als die einzige der zukünftigen Kollegen durch ihre Klugheit und großen Erfahrungen auch in allen organisatorischen Fragen hervorragende Dienste in dem sehr schwierigen Aufbau der Akademie in dieser fast völlig zerstörten Stadt geleistet.“ (ebd.)

Rosenmöller konnte sich gegenüber dem Mindener Regierungspräsidenten durchsetzen – nicht zuletzt deswegen, weil Antz ebenfalls die Dozentur für Aufmkolk befürwortete (vgl. UniA PB, A.V. 1./3.-1). Bei der Berufung wurde auf Rosenmöllers ursprünglichen Vorschlag zurückgegriffen und Thun die Psychologiestelle übertragen.

Ein dritter Konfliktpunkt war die Ablehnung von Bewerbern, die NSDAP-Mitglied gewesen waren. Konkret ging es Rosenmöller um die von ihm vorge-

schlagenen Dozenten Dr. Otto Most, bis 1939 Dozent für Philosophie an der Universität Breslau, Dr. Kuhn, Psychologe und Schüler Oswald Krohs, sowie Studienrat Pape, Lehrer für Musik in Coesfeld. Alle drei waren Mitglieder der NSDAP gewesen und wurden daher von dem Leiter der Mindener Schulabteilung abgelehnt:

„Er wollte nicht mehr Parteileute.“ (HStAD, NW 26-167)

Mit Beyerle, Stähler und Maasjost seien schließlich bereits drei Mitglieder des DozentInnenkollegiums in der NSDAP gewesen.

Obwohl Most nach seiner Dozententätigkeit als Heerespsychologe gearbeitet hatte, seine Aufgabe damit u.a. in der psychologischen Begleitung der Kriegsführung bestanden hatte (vgl. Kempf 1988, S. 72), und Kuhn Schüler von Oswald Kroh gewesen war (zu Kroh s. Kap. II.3), plädierte Rosenmöller für ihre Anstellung:

„Ich glaube, daß die 3 von mir Vorgeschlagenen nicht schuldiger sind als die in Aussicht genommenen.“ (ebd.)

Er konnte sich in bezug auf diese beiden Personen jedoch nicht durchsetzen. Einige Jahre später spielten die Bedenken der Bezirksregierung keine Rolle mehr: Most bekam 1948 eine Professur für Philosophie an der Universität Münster, Kuhn lehrte ab 1949 an der Pädagogischen Akademie Aachen Psychologie. Bei Pape war Rosenmöller erfolgreich. Die Musikdozentur an der Paderborner Akademie vergab das Kultusministerium im April 1947 zwar an Gotthard Speer, doch Mitte des Jahres wurde eine zweite für Pape eingerichtet, der bis zum Beginn weiterer Lehrgänge wegen mangelnden Bedarfs an Lehrveranstaltungen im Fach Musik zunächst nur Sprecherziehung gab (vgl. Interview F.).

Daß Rosenmöller von Ablehnungen wegen NS-Aktivitäten nichts hielt, wird auch deutlich in seinen Hinweisen, daß er – „sollten bei dem einen oder anderen (Bewerber; S.B.) Schwierigkeiten von der Mil. Reg. bestehen“ – die Genehmigung der Lehrtätigkeit „von dem hiesigen Educationofficer erwirken“ würde (UniA PB, A.V. 1./3.-1).

Um die Besetzung der weiteren Dozenturen gab es weniger Konflikte. Neben Beyerle, Stähler und Pollmann wurde am 1. Dezember 1946 die Studienrätin Maria Hagemann angestellt. Sie sollte Englisch lehren, aber auch Deutsch vertreten. Vier Wochen später wurde neben Thun und Maasjost noch Dr. Franziska Knoke berufen, die Mathematik und Physik lehrte. Damit war das Gründungskollegium komplett. Die drei zuletzt eingestellten DozentInnen hatten zwar erst ab 1. Januar 1947 Anspruch auf Gehalt, arbeiteten aber bereits ab dem ersten Tag des Lehrbeginns (4. Dezember 1946) an der Pädagogischen Akademie Paderborn. Nebenamtlich lehrten der Schulrat des Kreises Paderborn, Konrad Ernst, Methodik des Rechenunterrichts und ein Volksschullehrer, Franz Knaup, Methodik des Deutschunterrichts.

Die Erstausswahl der Studierenden nahmen Rosenmöller, Aufmkolk und der Rektor der Paderborner Herz-Jesu-Volksschule, Günther, vor. Beyerle spricht von 1.800 Bewerbungen um die 120 Studienplätze (vgl. Beyerle 1962, S. 114), was allerdings stark überhöht erscheint. Pollmann nennt eine Zahl von 1.000 BewerberInnen (vgl. Interview Pollmann), und die „Westfalen-Zeitung“ berichtete am 6. Dezember 1946 von 700 Bewerbungen (vgl. Eine Lehrer-Akademie in Paderborn 1946). Diese Angabe war wohl richtig, wie sich aus Bemerkungen in den Akten rekonstruieren läßt. In bezug auf die Plätze für Frauen – die Studienplätze waren quotiert: 90 für Männer und 30 für Frauen – wies Rosenmöller 1947 darauf hin, daß für den ersten Lehrgang lediglich zehn Prozent hatten angenommen werden können, das heißt, es hatten sich etwa 300 Frauen beworben. Auch A. H., Studentin im ersten Lehrgang der Pädagogischen Akademie Paderborn, berichtet davon, daß es für sie schwer war, aufgenommen zu werden. Sie begründet dies zum einen mit der hohen Zahl an BewerberInnen und zum anderen damit, daß Ältere und Heimkehrer aus dem Krieg Vorrecht auf einen Platz gehabt hätten (vgl. Interview H.).

Für Männer scheinen am Ende des Auswahlverfahrens sogar noch einige Plätze freigewesen zu sein, wie aus einem Schreiben der Akademie-Sekretärin hervorgeht (vgl. UniA PB, A.IV.7.a)-1). G. M., wie H. Student im ersten Lehrgang, erwähnt, daß zu Beginn der Lehrgang nicht ganz voll gewesen sei:

„Da wurde nochmals so an Hecken und Zäune geklopft.“ (Interview M.)

Die freien Plätze wurden später mit rückkehrenden Kriegsgefangenen gefüllt.

Bei der Auswahl der Studierenden gab es weder ein formales Mitspracherecht von außen oder verbindliche institutionalisierte Vorgehensweisen noch eindeutig festgelegte Kriterien (zu den in Paderborn angewendeten Kriterien s.u. Kap. III.5.1). Aus der Darstellung Pollmanns wird deutlich, daß die DozentInnen großen Handlungsspielraum besaßen (vgl. Interview Pollmann). So bewarb sich beispielsweise J. W. aus dem Kriegsgefangenenlager heraus um einen Studienplatz an der Pädagogischen Akademie Paderborn. Rosenmöller forderte ihn auf, sich nach der Entlassung wieder zu melden. W.:

„Das tat ich am 24.6.1947. Herr Prof. Rosenmöller fragte: Wollen Sie nun gleich heute an den Vorlesungen teilnehmen oder morgen wiederkommen. Ich war froh und glücklich und entschied mich für das letztere.“ (UniA PB, A.V.2.c)-W.)

Etwa im Oktober 1946 fand für diejenigen, die nicht so spontan Aufnahme fanden, wie W. es hier beschrieb, die Aufnahmeprüfung statt. Ende des Monats erhielten 99 Studenten und 33 Studentinnen die Aufnahmebestätigung. Vom Entnazifizierungsausschuß wurden alle anerkannt.

Vier Wochen später stand die Genehmigung der Militärregierung zur Eröffnung des ersten Lehrgangs allerdings immer noch aus. Rosenmöller war ein Beginn „noch vor Weihnachten“ (HStAD, NW 26-167) wichtig. In Schreiben an

Antz wies er wiederholt darauf hin, daß genügend Räume zur Verfügung stünden und auch sonst alle Vorbereitungen abgeschlossen seien:

„Im Interesse der Studierenden scheint es mir wünschenswert, daß wir noch im Dezember beginnen. Wenn wir auch nur 14 Tage zur Verfügung hätten bis Weihnachten, so würde die Zeit doch ausreichen, die Gemeinschaft einigermaßen zusammenzuschließen und sie soweit zu formen, daß die Arbeit im neuen Jahr sofort in vollem Umfang beginnen könnte.“ (ebd.)

Die langerwartete Erlaubnis erhielt Rosenmöller am 29. November 1946. Er schrieb sofort an Antz, daß die Akademie am 4. Dezember mit dem Lehrbetrieb beginnen wolle, „um keine kostbare Zeit zu verlieren“ (ebd.). Damit war dieser offenbar einverstanden.

Die materiellen Bedingungen stellten sich vor allem zu Beginn als sehr bescheiden dar. Es fehlte sowohl an Geld, da vom Land Nordrhein-Westfalen für die Akademie erst ab April 1947 Gehaltszahlungen und Sachausgaben getätigt wurden, als auch an Bezugsscheinen, wie aus einem Schreiben von Rosenmöller an Antz im November 1946 hervorgeht. Er konnte zwar von der Fertigstellung bestellter Möbel berichten, diese durften aber ohne Holzscheine nicht ausgeliefert werden:

„Wir kämpfen seit 6 Wochen um diese Scheine. Die Behörden arbeiten zum Verzweifeln langsam.“ (ebd.)

Der Pädagogischen Akademie standen bis 1948 weder ein Schreibtisch noch ein abschließbarer Schrank zur Verfügung (vgl. UniA PB, A.IV.5.a)-2). Der Leiter bestritt lange Zeit die Sachausgaben der Akademie aus eigener Tasche, wies aber dringlich darauf hin, daß er das „nicht bis ins Ungewisse“ fortsetzen könne, da er sein „ganzes Vermögen verlor und seit Anfang 1945 auch kein Einkommen habe“ (HStAD, NW 26-167).

Vor allem die Beschaffung von Wohnraum für Lehrende und Studierende gestaltete sich erwartungsgemäß sehr schwierig, da Paderborn weitgehend zerstört war. So wohnte Rosenmöller in der Akademie, und der Religionsdozent Pollmann zog nach Harth zu seinen Eltern, weil er in der Stadt keine Wohnung fand (vgl. Interview Pollmann). Das bedeutete, daß er um halb sechs Uhr morgens dort mit dem Zug losfahren mußte und vom Paderborner Bahnhof aus dann bis zum Neuen Waisenhaus in der Stadtheide, dem Standort der Akademie, zu Fuß gehen mußte. Später bekam Pollmann mit Hilfe des Erzbischofs ein Zimmer in Marienloh, von wo aus er mit der Straßenbahn oder dem Fahrrad zur Akademie fahren konnte. Auf diese Weise half die katholische Kirche auch den Studierenden, indem sie „Kontakte herstellte“ zu BürgerInnen, die Wohnraum vermieten konnten (ebd.). Dagegen fand die Pädagogische Akademie bei der Stadtverwaltung offenbar wenig Hilfe. Pollmann erinnert sich, wie einmal vor Beginn des Lehrgangs Unterkünfte für die Studierenden gesucht wurden, der Stadtdirektor – um Hilfe gebeten – aber sagte:

„Was kümmert mich die Akademie, das ist Sache des Landes. Ich bin für die Stadt verantwortlich.“ (ebd.)

III.2.3 Eröffnung der Pädagogischen Akademie Paderborn und Hoffnungen auf eine Universität

Die offizielle Eröffnung der Pädagogischen Akademie Paderborn fand am 11. Dezember 1946 statt, eine Woche nach Lehrbeginn. Rosenmöller und Antz hätten wegen der Kälte lieber erst – wie die Akademien in Lüdenscheid und Dortmund – im Januar 1947 die Eröffnung gefeiert, doch der Leiter der Mindener Schulabteilung legte dieses Datum fest, um direkt im Anschluß an Bielefeld auch die Paderborner Akademie eröffnen zu können (vgl. UniA PB, A.V.1./3.-1; s. auch Anh. IV.6). VertreterInnen aller relevanten Behörden und Institutionen reisten an: Mrs. Wilson als Vertreterin der britischen Militärregierung, Joseph Antz für die Landesregierung, ein Abgeordneter des Landtags, der Mindener Regierungspräsident, Generalvikar Rintelen für den Erzbischof, Oberkreisdirektor und Landrat, Stadtdirektor Norbert Fischer und Bürgermeister Christoph Tölle sowie Kreisschulrat Ernst (vgl. Aus der weiten Welt. Paderborn 1947 und Kraftzentrum bester Erziehungsarbeit 1946).

Die Feier begann mit einem Gottesdienst, das anschließende Programm bestand aus geistlichen Liedern, gesungen von Studierenden des Sonderlehrgangs und des ersten Normallehrgangs (vgl. UniA PB, A.V.2.c)-M.). Während Mrs. Wilson in ihrem Grußwort nur kurz wünschte: „Möge es gelingen, durch eine neue Erziehung ein glückliches Deutschland zu schaffen“ (zit. nach Kraftzentrum bester Erziehungsarbeit 1946), stellten zwei der drei Hauptredner die „hohen christlichen Kulturideale, auf deren Grundlage die Akademie arbeiten werde“ (Rosenmöller, zit. nach Aus der weiten Welt. Paderborn 1947) in den Mittelpunkt. Der Generalvikar wünschte, daß an der Paderborner Akademie „christkatholische Lehrer und Lehrerinnen“ ausgebildet würden, „die fähig sind, junge Menschenkinder zu wahrhaften Christen zu formen, Menschen von Adel, Kraft und demütigem Selbstvertrauen“ (zit. nach Kraftzentrum bester Erziehungsarbeit 1946).

Der dritte Hauptredner war der Bürgermeister der Stadt Paderborn, Christoph Tölle. In seiner Rede mischten sich patriotische Töne mit Gedanken zur Völkerverständigung. So sah er in bezug auf Deutschland eine „Zeit der Erniedrigung eines Volkes“ (HStAD, NW 26-167) und folgerte:

„Alles, was um die Begriffe Heimat, Volk und Vaterland kreist, müssen wir pflegen.“ (ebd.; s. auch Anh. IV.7)

Über eine „echte, treue, gesunde Vaterlandsliebe“ hinaus forderte Tölle aber auch eine Erziehung zur Völkerverständigung, als Lehre aus der Vergangenheit und aus aktuellen Gründen:

„Im Zeitalter der Atombombe darf es für die Völker nur einen Weg geben: Planmäßige Zusammenarbeit.“ (ebd.)

Die Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Paderborn war in der Stadt offenbar eine Initialzündung für weitergehende Pläne. Die „Westfalen-Zeitung“ machte sich im November 1946 „Gedanken um die Geltung der Stadt“ und begrüßte die Bemühungen um die Ansiedlung einer Universität in Paderborn:

„Es wäre ein vornehmer Ausgleich für das durch die frühere Garnison angezogene und nun fehlende betriebsame Leben.“ (Gedanken um die Geltung der Stadt 1946)

Ähnlich dachte man offensichtlich in den Reihen der CDU-Fraktion, die am 6. November 1946 im Verwaltungs- und Finanzausschuß einen Antrag stellte „bezüglich einer Universität“ (StadA PB, A 5516). Dieser wurde zwei Tage später im nichtöffentlichen Teil der Stadtvertreterversammlung verhandelt, die zu diesem Zweck in einen Ausschuß verwandelt wurde (vgl. StadA PB, A 5514). Es handelt sich hier vermutlich um die erste Sitzung des Universitätsausschusses, deren Protokoll laut Riesenberger bisher als verschollen galt (vgl. Riesenberger 1988d, S. 179).

Die CDU begründete die Notwendigkeit einer Universitätsgründung in Paderborn damit, daß in der gesamten Provinz Westfalen erst eine vorhanden sei. Auf die zweite habe Paderborn einen „durchaus berechtigten Anspruch“ (StadA PB, A 5514). Die Stadtverwaltung formulierte nach dieser Sitzung eine Eingabe an die Landesregierung, in der sie „die Gründung einer Universität beantragt“ (Kurzmeldungen 1947, S. 187). Diese Eingabe überreichte der Bürgermeister dem ehemaligen Oberpräsidenten der Provinz Westfalen und Zentrums-Abgeordneten Gronowski. Zusätzlich bat Tölle Antz um Unterstützung (vgl. HStAD, NW 26-167; s. auch Anh. IV.18). Der Mindener Regierungspräsident hatte das Vorhaben wohl als „aussichtsreich“ bezeichnet (StadA PB, A 4898). Doch der Bürgermeister mußte dem Universitätsausschuß in seiner zweiten Sitzung am 25. April 1947 mitteilen, daß nach Auskunft Gronowskis „keine Aussichten für die Errichtung einer neuen Universität bestehen“ (ebd.). Josef Höfer, Professor an der Paderborner Philosophisch-Theologischen Akademie, der die Einschätzung Gronowskis teilte, regte daraufhin an, die Stadt solle sich um eine katholische Universität bemühen:

„Zweckmäßig sei es, den Herrn Erzbischof für diese Sache zu gewinnen.“ (ebd.)

Die CDU-Fraktion schloß sich dieser Anregung an und beantragte am 23. Juni 1947 im Verwaltungs- und Finanzausschuß, Paderborn solle dem „Katholischen Universitätsverein“ beitreten (vgl. StadA PB, A 5516). Dieser Verein hatte „die Errichtung einer katholischen Volluniversität im Lande Nordrhein-Westfalen“

(Aus der weiten Welt. Düsseldorf 1947) zum Ziel. Wegen der Universitätsdichte im Rheinland sollte diese im westfälischen Landesteil gegründet werden (vgl. Katholische Universität in Westfalen 1947, S. 316). Die Stadt machte sich anscheinend Hoffnungen, daß Paderborn als Standort dabei Berücksichtigung finden würde. Diese gingen allerdings nicht in Erfüllung.

III.3 Das DozentInnen-Kollegium der Anfangszeit

III.3.1 Strukturelle Beschreibung

Offiziell hatten bei Lehrgangs-Beginn im Dezember 1946 erst sechs Personen eine Anstellung als DozentInnen, doch lehrten auch bereits die drei zum 1. Januar 1947 angestellten DozentInnen. Dabei handelte es sich um folgende Personen und Fächer:

- ◆ Prof. Dr. Bernhard Rosenmöller (Philosophie),
- ◆ Dr. Emmy Aufmkolk (Soziologie und Sozialpädagogik),
- ◆ Dr. Wilhelm Stähler (Pädagogik),
- ◆ Dr. Karl Beyerle (Geschichte),
- ◆ Josef Pollmann (Religion),
- ◆ Maria Hagemann (Englisch, vertretungsweise auch Deutsch),
- ◆ Dr. Theophil Thun (Psychologie),
- ◆ Dr. Franziska Knoke (Mathematik und Physik) und
- ◆ Dr. Ludwig Maasjost (Erdkunde).

Bis zum Ende des ersten Normallehrgangs erhöhte sich die Zahl der hauptamtlich Lehrenden auf vierzehn Personen. Hinzu kamen zum 1. April bzw. 1. Juni 1947:

- ◆ Dr. Theodor Schwerdt (Pädagogik/Didaktik und Methodik),
- ◆ Gotthard Speer (Musik),
- ◆ Christel Poll (Kunst),
- ◆ Dr. Maria Schmidt (Chemie und Biologie) und
- ◆ Heinrich Pape (Musik).

Die Besetzung einer hauptamtlichen Dozentur für Sport unterblieb wegen fehlender Räumlichkeiten, die Akademie hatte weder Zugang zu einer Turnhalle noch eigene Geräte oder Bälle (vgl. HStAD, NW 26-80). Eine Deutsch-Dozentur wurde trotz starker Bemühungen seitens der Akademie vom Kultusministerium nicht bewilligt. Sie wurde anfangs von Schwerdt, später von Hagemann vertreten.